



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Das Zeitalter des Imperialismus 1884 - 1914

Friedjung, Heinrich

Berlin, 1919

XIII. Die Großmächte und der Burenkrieg

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73514](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73514)

XIII

Die Großmächte und der Burenkrieg

Die öffentliche Meinung in Europa und in den Kolonien	303
England und die Vereinigten Staaten. Der Panamakanal.	305
Frankreich, Holland und der Burenkrieg.	309
Chamberlain für ein englisch-deutsches Bündnis .	312
Russisch-französischer Vorschlag an Deutschland .	314
Fürst von Bülow über seine Politik. Ergebnisse .	318

Die öffentliche Meinung in Europa und in den Kolonien

Raum jemals war außerhalb des britischen Reiches die öffentliche Meinung auf dem Erdball so einig wie in der Verurteilung der englischen Burenpolitik. Es gab bei den verschiedenen Völkern nach dem Nationalcharakter und nach den Bündnisüberlieferungen Abschattungen in der Bitterkeit des Urteils und in den Ausbrüchen des Unwillens; zur Verteidigung des Verfahrens aber ließen sich nur Sonderlinge oder Verehrer des Rechtes des Stärkeren herbei. Die englischen Imperialisten waren tief betroffen, wie Lord Rosebery am 16. Dezember 1901 bekannte: „Es gibt keine Parallele zu dem Haß und dem Ubelwollen, mit dem wir von den Völkern Europas nahezu einstimmig betrachtet werden.“ Salisbury spielte den Harmlosen und äußerte, er sei unfähig, eine Erklärung für das gegen England bestehende Vorurteil zu finden. Ohne Umschweife räumte Chamberlain ein, Großbritannien werde von der Welt gehaßt, aber er tröstete seine Landsleute mit der Bemerkung: gehaßt sei nur der Starke. Vornehm denkende Briten litten tief, weil sie dem Urteil über ihr Vaterland nicht Unrecht geben konnten. Zu ihnen gehörte Königin Viktoria, die auch in dieser Sache anders dachte als der Prinz von Wales, dem der Imperialismus die Richtschnur und jede gegen die Buren gerichtete Maßregel willkommen war. Die Königin starb während des Krieges, am 22. Januar 1901, und Tags darauf schrieb der ehemalige Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an seine Tochter: „Ich glaube, daß der südafrikanische Krieg sie mehr bekümmerte, als die edle Frau vertragen konnte, daß die barbarisch egoistische Politik der englischen Staatsmänner, der sie sich unterwerfen mußte, ihr Leben verkürzt hat.“ Alle anderen Zeugnisse stehen aber an Gewicht hinter dem des Führers der liberalen Opposition in England, Campbell-Bannerman, zurück. Er widersetzte sich zwar keiner Forderung des Ministeriums nach Mannschaft und Geld zur Erringung des

Sieges, doch brach er am 30. Mai 1901 in den bitteren Vorwurf aus: „Verloren Blut und Schatz, Macht und Prestige! Verloren das, worauf die Stärke beruht, die Sympathie nämlich, die Anerkennung und die Achtung des allgemeinen Gewissens der Menschheit!“

Das allgemeine Gewissen! Niemals hat sich die öffentliche Meinung so vergeßlich und wankelmütig gezeigt wie in diesem Falle. Sie beugte sich vor dem Erfolg, und wie eine Dirne wandte sie sich kurze Zeit nach dem Kriege dorthin, wo der größere Vorteil winkte. Von den Völkern, denen ein Bündnis mit dem mächtiger gewordenen Albion wertvoll schien, wurde England nach wenigen Jahren wieder als Hort des Friedens, als Bringer der Freiheit gepriesen. Es gehört zu den politischen Naivitäten, anzunehmen, daß im zwischenstaatlichen Verkehr Zu- und Abneigung irgendwelche Bedeutung besitzt, falls diese Gefühle mit den Interessen einer Nation im Widerspruch stehen.

In der schweren Prüfung des Burenkrieges hatte England wenigstens die Genugtuung, daß seine angelsächsischen Kolonien treu zum Reiche standen. Das dankte es der Klugheit, mit der jenen Siedelungen in steigendem Maße Selbständigkeit in inneren Angelegenheiten gewährt worden war. Kanada regierte sich seit 1867 in der Hauptsache selbst; nach diesem Vorbilde erhielt während des Burenkrieges auch Australien 1900 eine Verfassung, welche die Staaten seines Kontinents in ein selbständiges Gemeinwesen, Commonwealth of Australia, zusammenfaßte. Daher schickten die Kolonien aus freien Stücken dem Mutterlande nach Südafrika einige Hilfsstruppen, Kanada 5000, Australien 1000 Mann. Diese Unterstützung fiel, wenn man bloß die Zahl in Rechnung zog, nicht ins Gewicht, doch der moralische Eindruck war von Wert. Es waren aber, wie gesagt, nur die Angelsachsen, die sich mit dem Mutterlande eins fühlten; der Rassenstolz ertrug den Gedanken nicht, die Holländer Südafrikas könnten den Sieg davontragen. Dagegen sympathisierte die französische Bevölkerung Kanadas mit den Buren, auch wurde die kanadische Hilfsstruppe schon 1901 zurückberufen¹⁾.

¹⁾ Wie zwiespältig die Stimmung in Kanada war, geht daraus hervor, daß sich der kanadische Abgeordnete Bourassa gegen die Unterstützung der englischen Politik aussprach, sein Mandat niederlegte und mit großer Mehrheit wiedergewählt wurde. Im April 1900 aber sagte er im kanadischen Parlament: „Kanada hat niemals ein offizielles Angebot von Truppen gemacht, aber Chamberlain telegraphierte einfach, daß er die ‚Offerte‘ annehme, und gab dann gleich Instruktionen über Ausrüstung, Absendung usw. Diese De-

Nun hoffte man in England nach diesen Erfahrungen, daß die Kolonien, dem imperialistischen Programm entsprechend, auch bereit sein würden, sich militärisch und handelspolitisch enge mit dem Mutterlande zusammenzuschließen. Darin aber brachte die Kolonialkonferenz von 1902 eine Enttäuschung. Australien und Neuseeland zahlten zwar auch weitere Beiträge für die Reichsflotte, Kanada dagegen lehnte ab, und sein Ministerpräsident Laurier kündigte an, es wolle selbst zum Bau einer Flotte schreiten. Ein kanadisches Staatsgefühl, das den Briten unbequem war, durchdrang allgemach das ganze Volk. — Ähnlich ging es, als bei der Kolonialkonferenz der Reichszollbund zur Verhandlung kam. Laurier beharrte auf der autonomen Zollpolitik seines Landes. Kanada räumte England zwar Vorzugszölle ein, aber es wollte nicht auf das Recht verzichten, Handelsverträge mit anderen Staaten zu schließen; somit war ein Reichszollverein unmöglich. Auf der Konferenz wurden warme Versicherungen fester Zusammengehörigkeit ausgetauscht, die überzeugten Imperialisten unter den Teilnehmern jedoch, wie der wieder in die Höhe gekommene Jameson, gaben ihrer Unzufriedenheit über das geringfügige Ergebnis Ausdruck.

*

England und die Vereinigten Staaten

Der Panamakanal

Großbritannien besleißigte sich, wie uns bekannt ist, gegen die nordamerikanische Union besonderer Rücksicht, selbst wenn deren gesteigertes Kraftbewußtsein das Auskommen erschwerte. Der Rückzug Englands in der venezolanischen Grenzfrage und andere Gefälligkeiten hielten die Yankees bei guter Laune, so daß wenigstens Präsident

pesche ist die unverschämteste, die je eine kanadische Regierung vom englischen Kolonialamt erhalten hat, und sie soll niemals in Vergessenheit kommen, denn die ganze Handlungsweise ist von Anfang bis zu Ende perfid und für Kanada als selbständige Kolonie eine schwere Beleidigung.“ (Schultheß, „Europäischer Geschichtskalender“, Jahrgang 1900, S. 285.) Das Entscheidende ist indessen, daß die kanadische Regierung sich dem Ansinnen des englischen Kolonialministers fügte. Die Mehrheit stand auf seiten Englands.

Mac Kinley und die republikanische Mehrheit sich im Ausdruck ihrer Teilnahme für die Buren eine gewisse Rücksicht auferlegten. Um so lauter scharte sich die demokratische Opposition um die Fahne der Freiheit und forderte vom Präsidenten offene Parteinahme für die Buren. Das lehnte Mac Kinley ab, um sich nicht mit England zu überwerfen. Als kluger Politiker benutzte er jedoch dessen Verlegenheiten, um sich für die Neutralität der Union einen angemessenen Preis bezahlen zu lassen. Auf diesem Wege schmeichelte und trozte er der britischen Regierung Zug um Zug den Verzicht auf ihre den Panamakanal betreffenden Rechte ab und gewann für die Union die alleinige Verfügung über die zu bauende Wasserstraße.

Seit 1850 bestand über den Gegenstand zwischen Nordamerika und England der Clayton-Bulwersche Vertrag, so genannt nach den Unterhändlern der beiden Staaten. Darin war festgesetzt, daß der Kanal unter dem Schutze und der Kontrolle beider Mächte stehen werde, so daß er als gemeinsames Unternehmen geplant war. Indessen empfanden die immer mächtiger werdenden Vereinigten Staaten das Abkommen als eine Last und wollten die Verfügung über die Wasserstraße ganz an sich ziehen. England ging jedoch auf diesen Wunsch nicht ein, und es blieb bei der Abmachung, auch nachdem Ferdinand Lesseps von der Republik Kolumbien die Konzession zum Bau des Panamakanal erhalten hatte und ebenso als der Bankrott seiner Gesellschaft erfolgte. So stand es bis zum Burenkrieg. Als nun die Volksstimme in Nordamerika immer lauter die Parteinahme für die Buren verlangte und die demokratische Opposition sich dieser günstigen Plattform bemächtigte, stellte Mac Kinley der englischen Regierung vor, sie müsse zur Beruhigung der aufgeregten öffentlichen Meinung seines Landes ein Opfer bringen: er würde sonst zur Stellungnahme gegen Großbritannien gedrängt werden. Nun besorgte England Schlimmes vom nordamerikanischen Volke, dem die Weltlage Handlungsfreiheit gestattete, Schlimmeres als von den Gefühlsäußerungen der Deutschen und der Franzosen, die sich gegenseitig befehdeten und gegeneinander auf der Wacht standen. Die englische Regierung sträubte sich anfangs gegen das Verlangen Mac Kinleys, sie solle auf den Clayton-Bulwerschen Vertrag verzichten, sah sich aber schließlich genötigt nachzugeben, und so kam am 5. Februar 1900 ein neues Abkommen zustande, das nach den Unterhändlern, dem nordamerikanischen Staatssekretär und dem britischen Botschafter, den Namen Hay-Pauncefote-Vertrag

erhielt. Darin wurde ausgesprochen, daß Amerika den Kanal allein bauen und überwachen dürfe, wenn auch mit der Einschränkung, daß er neutral bleiben und allen auswärtigen Nationen offen stehen solle. Auch war es der Union verwehrt, längs des Kanals Befestigungen anzulegen. Befriedigt von diesem Gewinn, begnügte sich der Präsident der Republik, der englischen Regierung im März 1900 das Anerbieten einer Vermittlung mit den Burenstaaten zu machen; er ließ aber die Sache fallen, als von London die Antwort kam, England habe nicht die Absicht, die Vermittlung einer fremden Macht anzunehmen. Als im Mai darauf eine Burendeputation in Washington erschien, wurden ihre Mitglieder vom Präsidenten nicht amtlich, sondern nur als Privatpersonen empfangen; Staatssekretär Hay erklärte dem Senat, der Präsident sei der Ansicht, daß ihm nur das Beharren auf unparteiischer Neutralität offenstehe. Salisbury überhäufte darauf Mac Kinley und das amerikanische Volk mit Lobsprüchen für ihre politische Klugheit und Gerechtigkeit.

Das Abkommen über den Kanal bedurfte indessen zu seiner Gültigkeit der Zustimmung des nordamerikanischen Senats. Da aber ergaben sich neue Schwierigkeiten. Nicht bloß die demokratische Minderheit, auch die republikanische Mehrheit wollten den Engländern neue Zugeständnisse entreißen und sich der einschränkenden Bestimmungen entledigen. Der Senat verwarf also die unbequemen Klauseln und nahm für die Union das Recht in Anspruch, Befestigungen anzulegen und anderen Mächten die Benützung des Kanals zu verbieten. Das schien nun eine parlamentarische Niederlage Mac Kinleys und des Staatssekretärs Hay, doch empfanden sie darüber keinen Kummer, sondern machten sich den Beschluß zu eigen und übermittelten nach London einen neuen schärferen Vorschlag. In England war man anfangs über den Anspruch außer sich und die Regierung lehnte am 11. März 1901 die neuen Bedingungen ab. Die Folge davon war ein Aufflammen der Stimmung gegen Großbritannien; das zeigte sich auch in der anschwellenden sittlichen Entrüstung über das dem Heldenvolk der Buren zugefügte Unrecht. Gerade die ärgsten Jobber- und Börsenblätter verfielen in die lautesten moralfanatischen Wutausbrüche. Der englischen Regierung wurde unheimlich zumute, so daß sie sich zur Genehmigung der vom amerikanischen Senat diktierten Grundsätze herbeiließ: am 22. Februar 1902 erfolgte die Ratifikation des auf dieser Grundlage vereinbarten Vertrages. Damit wurde der Panamakanal ein rein ameri-

kanisches Unternehmen. Nur wenn England sich mit den übrigen europäischen Nationen hätte verständigen können, würde Amerika eine Schranke gesetzt worden sein. Die Uneinigkeit der alten Welt ermöglichte der großen Republik des Westens den Triumph.

So gab sich England Mühe, die Union bei guter Stimmung zu erhalten. Nordamerika sah sich überhaupt stark umworben, wobei Deutschland nicht zurückbleiben konnte. Kaiser Wilhelm spendete für die Vereinigten Staaten ein Denkmal Friedrichs des Großen; stärkeren Eindruck machte die vom Prinzen Heinrich im Auftrage seines kaiserlichen Bruders nach der Union unternommene Reise (Februar 1902). Einige Jahre später erfolgte auf Anregung des Kaisers der Austausch von Professoren zwischen Deutschland und der Neuen Welt. Das geistige und politische Band jedoch, das England und Nordamerika verknüpfte, war stärker und befestigte sich, als die Union im Hinblick auf die russisch-japanische Nebenbuhlerschaft in Ostasien es für notwendig hielt, mit dem seebeherrschenden Albion in gutem Einvernehmen zu stehen.

Die Union, des Rückhaltes an England gewiß, verfolgte den am Panamakanal errungenen Vorteil mit größter Energie. Als Mac Kinley am 14. September 1901 einem anarchistischen Attentat erlag, übernahm Vizepräsident Theodor Roosevelt die Staatsleitung, der 1905 zum Präsidenten gewählt wurde. In der Panamaangelegenheit griff er scharf durch. Der Kanal mußte durch das Gebiet der Republik Kolumbien geführt werden; diese hatte nach dem Zusammenbruche der von Lesseps gegründeten Gesellschaft die Konzession einer anderen Körperschaft übertragen, welche ihre Rechte an die nordamerikanische Union verkaufte. Als nun die Vereinigten Staaten an die Ausführung des Baues schritten, stellte Kolumbien auf Grund seiner Souveränität Ansprüche, welchen die Union nicht stattgeben wollte. Kolumbien erhob Schwierigkeiten, darauf aber machte die große Republik mit ihrer kleinen Schwester kurzen Prozeß. Mit Zustimmung oder besser gesagt auf Anstiften der Regierung der Union brach auf der Landenge von Panama eine Art Revolution aus, die Bewohner rissen sich von Kolumbien los und riefen eine selbständige Republik aus. Das geschah am 3. November 1903 und schon zwei Tage später wurde der neue Zwergstaat von den Vereinigten Staaten in aller Form anerkannt. Kolumbien wollte sich den Vorgang nicht gefallen lassen und machte Miene, das abtrünnige Panama zur Unterwerfung zu nötigen. Darauf erschienen amerikanische Kriegsschiffe, die das Vorhaben im Keime erstickten. Das angeblich

unabhängige Panama schloß mit der Union einen Vertrag über den Kanal, der alle ihre Forderungen erfüllte. Man sieht, wie bequem es sich die großen Staaten im internationalen Verkehr machen: je nach Bedarf blasen sie den selbständigen Gemeinwesen das Lebenslicht aus oder rufen neue Gebilde ins Dasein. Roosevelt aber richtete an den Kongreß am 10. November 1903 eine Botschaft, in der es hieß, die Vereinigten Staaten hätten sich nicht länger den kleinlichen, unaufrichtigen Mächtschaften derjenigen unterwerfen können, „denen die Zufälligkeit der örtlichen Lage die Herrschaft über den Boden gegeben, durch welchen der Kanal gehen müsse“. Das war ein ganz neuer Grundsatz des Völkerrechts: Gebietsgrenzen eines Staates wurden für „Zufälligkeiten der örtlichen Lage“ erklärt, über die ein mächtiger Nachbar nach Belieben hinwegschreiten könne. In den Erinnerungen aus seinem Leben versichert Roosevelt, er würde, wenn er anders gehandelt hätte, Verrat an den Interessen der Vereinigten Staaten geübt und einen Platz in Dantes Hölle neben Papst Cölestin V. verdient haben, dem der Dichter den Verzicht auf die Tiara (*il gran rifiuto*) nicht verzeihen konnte¹⁾.

*

Frankreich, Holland und der Burenkrieg

Von der praktischen Ausnützung der Weltlage stach die tatenarme Entrüstung ab, mit welcher der Chor der Rache auf dem europäischen Kontinent die Burentragödie begleitete. Besonders lebhaft waren die Vorwürfe in Frankreich, nicht bloß infolge des Temperaments des Volkes, sondern weil die Wunde von Jasschoda noch nicht verheilt war und das verletzete Ehrgefühl sich Luft machte. Auf den Boulevards von Paris wurden Engländer nicht selten von Vorübergehenden belästigt und verhöhnt; infolgedessen hielt es der Prinz von Wales für angezeigt, der Weltausstellung von 1900, die er hatte besichtigen wollen, wie überhaupt Paris fernzubleiben, obwohl dessen regelmäßiger Besuch zu seinen Vergnügungen gehörte. England wurde in grausamen Karikaturen verhöhnt, in denen der Prinz von Wales als Spekulant in süd-

¹⁾ Th. Roosevelt, „Aus meinem Leben“ (Leipzig 1914), S. 415.

afrikanischen Goldminen und als Anstifter des Krieges erschien. Der geistreiche Zeichner Willette gab eine Mappe unter dem Titel: „V' là les English“ heraus, in der die wirklichen und die angeblichen Missetaten der Briten seit der Verbrennung der Jungfrau von Orleans bis zur Hinopferung der Inder und der Buren in aufreizenden Bildern dargestellt waren; auf einem Blatte sieht man verhungerte Hindus und daneben einen Triumphzug von bibellesenden Engländern, begleitet von weißgekleideten Mädchen, welche die Befestigung der Herrschaft Albions feiern. Der in England lebende Herzog von Orleans beging die Unvorsichtigkeit, an Willette einen anerkennenden Brief zu schreiben, was er mit dem Hinauswurf aus dem Londoner Klub büßte, dem er angehörte. In den Karikaturen Leandres wurde nicht einmal die alte Königin Viktoria geschont, obwohl sie am Kriege unschuldig war; als nun dem begabten Zeichner das Kreuz der Ehrenlegion verliehen wurde, beschwerte sich der englische Botschafter, erhielt jedoch von der Regierung die trockene Antwort, Leandre verdanke die Ehrenlegion nicht diesen politischen Karikaturen, sondern seinen künstlerischen Leistungen.

In Deutschland herrschte zwar auch feindselige Stimmung gegen Britannien, der Unterschied war aber, daß die Regierung sorgsam Zurückhaltung bewahrte, während jenseits des Rheines die amtlichen Kreise sich von den Kundgebungen für die Buren nicht fernhielten. Als Paul Krüger hilfessuchend nach Europa kam, wurde er bei seiner Landung in Marseille nicht bloß von einer zahllosen Menge, sondern auch von den Behörden festlich begrüßt. Während seines Aufenthaltes in Paris vom 24. bis 30. November 1900 wurde er vom Volke jubelt und vom Präsidenten der Republik empfangen; auch mit dem Minister des Außern, Delcassé, hatte er eine Unterredung, bei der ihm allerdings eröffnet wurde, daß Frankreich nicht aus seiner Neutralität heraustreten und seine Teilnahme für das tapfere Burenvolk nicht durch die Tat beweisen könne. Die Volksvertretung ging aber weiter: der Senat und die Kammer traten offen auf die Seite der Buren und votierten Krüger unter rauschendem Beifall ihre Sympathien. Die englische Regierung mußte das stillschweigend geschehen lassen, um nicht noch unangenehmere Dinge zu erleben.

Am tiefsten wirkten die Ereignisse in Südafrika auf das holländische Volk, das schmerzbewegt seine Stammesgenossen erliegen sah. Die Blicke der Niederländer richteten sich schon nach dem Überfall Jamesons auf Deutschland, von wo allein Hilfe kommen konnte. Unmittelbar darauf,

1896, empfahl das in Utrecht erscheinende „Dagblad“ eine Allianz Hollands mit dem Deutschen Reiche als Schutzwehr auch für Südafrika. Als die Not höher stieg, machte sich die Ansicht geltend, ein politisches Bündnis böte dem Deutschen Reiche nicht ausreichende Vorteile, während es wohl zu gewinnen wäre, wenn die Niederlande mit ihm einen Zollverein aufrichten wollten. Der Vorschlag wurde von dem in Haag erscheinenden „Courant“ gemacht und mündlich wie schriftlich vielfach erörtert. Die Deutschland erwachsenden Vorteile wären ansehnlich gewesen. Auf der einen Seite lockte der Umstand, daß die Mündungen des Rheins und der Maas, die sich in den Jahrhunderten des Verfalls dem Deutschen Reiche entfremdet hatten, in eine Handlungseinigung mit der alten Heimat getreten wären. Außerdem hätten die Niederlande in diesen Zollbund auch ihre Kolonien mitgebracht, wodurch das späte Eintreten der deutschen Nation in die Welt- und Kolonialpolitik wettgemacht worden wäre. Die Alldeutschen führten diese Gründe an, um den Kaiser und seine Regierung zu offener Parteinarbeit für die Buren zu drängen, wofür sie überhaupt eine geräuschvolle Tätigkeit entfalteten. Dahin zielte auch die Programmschrift der alldeutschen Partei von Professor Ernst Hasse „Deutsche Weltpolitik“, die 1897 erschien. Als nun die deutsche Regierung sich den Buren versagte, wurden in Holland die Stimmen zahlreicher, welche von einer engen Verbindung mit Deutschland abrieten, um nicht die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit des Landes aufs Spiel zu setzen. Die wichtigste Schrift dieser Richtung, die des Generals Den Beer Portugal, erschien aber erst 1902, als die Buren schon aufgegeben waren. Es gehörte zu den Sorgen der britischen Staatsmänner während des Krieges, Kaiser Wilhelm und seine Minister könnten an den Ideen der Alldeutschen Geschmack finden. Als die Gefahr vorübergezogen war, wurde in der Streitschrift „German Ambitions“ alles zusammengetragen, was die Begehrlichkeit der Deutschen ins Licht setzen sollte¹⁾.

¹⁾ Dort sind S. 53 eine Reihe deutscher Bücher angeführt, in denen die Angliederung Hollands ans Deutsche Reich empfohlen ist.

Chamberlain für ein englisch-deutsches Bündnis

Wie fern lagen doch der deutschen Regierung solche Entwürfe! Sie sagte sich mit gutem Grund, daß England den Zusammenschluß der Niederlande mit Deutschland nicht zulassen, lieber noch die Unabhängigkeit der Buren anerkennen würde. Nur durch einen blutigen Krieg konnte das Deutsche Reich sich die Mündungen des Rheins und der Maas aneignen. Diesen Zusammenstoß aber wünschte Kaiser Wilhelm ebenso zu vermeiden wie den mit Frankreich, so schwer Deutschland auch während des Dreyfus-Prozesses gereizt wurde. Gab sich doch der französische Generalstab trotz der bestimmten Versicherung der deutschen Regierung den Anschein, an die Echtheit der offenbar gefälschten Schriftstücke zu glauben, denen zufolge der deutsche Generalstab und der Kaiser persönlich mit Dreyfus in Verbindung gestanden hätten. Wilhelm II. ging darüber hinweg und suchte wieder durch kleine Aufmerksamkeiten und Höflichkeiten, so durch den Empfang des französischen Generalstabschefs. Bonnal, auf die öffentliche Meinung jenseits des Rheins beschwichtigend zu wirken. Noch weniger mochte die Reichsregierung durch Parteinahme für die Buren den Bruch mit England herbeiführen. Seit 1898 war zwischen dem Berliner und dem Londoner Kabinett ein gutes Einvernehmen hergestellt (Seite 240), und dieser Grundrichtung blieb das Deutsche Reich auch während des Burenkrieges treu.

Dementsprechend war es Pflicht der Loyalität, den Buren, bevor sie loschlügen, den Glauben zu nehmen, daß sie auf die Hilfe des Deutschen Reiches rechnen könnten. Das Berliner Kabinett ließ dem Präsidenten Krüger im Sommer und dann im Herbst 1899 sagen, er solle solche Erwartung nicht hegen; es wurde ihm vielmehr möglichstes Entgegenkommen gegenüber England empfohlen. Diese Warnung war um so notwendiger, als das Kaisertelegramm an Krüger vom Januar 1896 unvergessen war und leicht irrige Hoffnungen erwecken konnte. Als Bülow am 10. Dezember 1900 dem Reichstage von den an Krüger ergangenen Warnungen Mitteilung machte, erinnerte er auch daran, daß die Kaiserdepesche nicht gegen England, sondern gegen die Räuberschar Jamesons gerichtet war.

Auch als die Wogen der Volksmeinung immer höher gingen und

die Alldeutschen starke Maßnahmen gegen England forderten, ließ sich die Regierung nicht von der Strömung fortreißen. Sie verlangte von England nicht einmal einen Preis für ihre Neutralität und begnügte sich mit der Erwerbung der Karolinen und der Samoainseln, wie mit der Zusage des Vertrages über die Teilung der portugiesischen Besitzungen im südlichen Afrika. Ob nicht mehr zu erreichen gewesen wäre? Das wurde vielfach angenommen, und dahin deutete man auch den Besuch, den Kaiser Wilhelm der Königin Viktoria zwischen dem 20. und 27. November 1899 auf Schloß Windsor machte. Es war aber unrichtig: der Kaiser wurde bloß durch die menschliche Empfindung bestimmt, seiner greisen Großmutter nach den englischen Niederlagen tröstend zur Seite zu stehen. Daß Bülow den Kaiser auf der Fahrt begleitete, wies allerdings darauf hin, daß zu Windsor auch politische Verhandlungen gepflogen wurden. Solches war wohl der Fall, aber der Reichskanzler verhielt sich bloß hörend. Chamberlain trat an ihn mit der Anregung eines Bündnisses Deutschlands mit Großbritannien heran. Eine wichtige Eröffnung, doch war nicht der Kolonialminister, sondern Salisbury der maßgebende Mann; er aber war durch die schwere Erkrankung seiner Gemahlin von Windsor ferngehalten und ließ dem Reichskanzler sagen, daß er so weit nicht gehen wolle wie sein Amtsgenosse. Ein Grund mehr für die Zurückhaltung Bülows.

Chamberlain ließ sich indessen nicht abschrecken. Er sah gleich den meisten seiner Landsleute damals in Rußland den Feind, der über Ostasien hinaus nach Indien greifen konnte. Sich mit Rußland zu vergleichen, hielt er für untunlich und prägte dafür das kräftige Wort: „Wer mit dem Teufel suppt, muß einen langen Löffel haben!“ Da ihn aber die Vereinsamung Englands beunruhigte, dachte er an ein Bündnis nicht bloß mit Deutschland, sondern weiter auch mit den Vereinigten Staaten. Diesen Gedanken brachte er unmittelbar nach der Abreise des Kaisers in öffentlicher Rede am 29. November 1899 vor. Er wendete sich zunächst gegen die in der ausländischen Presse gegen England erhobenen Angriffe, die nicht einmal vor der geheiligten Person der Königin haltmachten, bemerkte aber ausdrücklich, daß die schlimmsten dieser Schmähungen nicht von den deutschen Zeitungen ausgegangen wären. Nichts stünde, so fuhr er fort, einem Bündnisse Englands mit dem Deutschen Reiche und den Vereinigten Staaten im Wege, und besser als Armeen vermöchte die Verständigung zwischen der germanischen und der angelsächsischen Rasse den Weltfrieden zu schützen.

Dieser neue Dreibund würde die Zukunft der Welt mächtig beeinflussen. Er gebrauchte das Wort Allianz, hinzufügend, es verschlüge wenig, ob ein in aller Form geschlossenes Bündnis oder ein bloßes Einvernehmen erzielt werde, getragen vom Geiste der Staatsmänner der befreundeten Länder.

Wie sich Chamberlain die Ausführung im einzelnen dachte, läßt sich bloß vermuten. Es ist nur bekanntgeworden, daß er sich dabei auch mit dem Gedanken einer Verabredung über Marokko trug. In diesem Lande wetteiferte der englische Einfluß mit dem französischen, und eben diesen hätte er gern beiseite geschoben. Das konnte nach einer der deutschen Regierung übermittelten Anregung derart eingerichtet werden, daß England sich Tangers bemächtigte, wofür wieder ein Hafen am Atlantischen Ozean an Deutschland gefallen wäre. Diesen Sachverhalt kennt man aus Mitteilungen, die Staatssekretär Riederlen-Wächter 1911 dem Deutschen Reichstage machte; er fügte aber hinzu, daß es nicht zu einem bestimmten Angebot Englands gekommen ist, auch nicht zu förmlichen Verhandlungen¹⁾. Es wäre von großem Interesse, zu wissen, wieweit die Fühlung zwischen den Kabinetten gediehen war. Übrigens lag es an der deutschen Regierung, ob sie einen Schritt entgegengehen mochte oder nicht. Unterließ sie es, so mußte das britische Kabinett die Sache auf sich beruhen lassen.

*

R u s s i s c h - f r a n z ö s i s c h e r V o r s c h l a g a n D e u t s c h l a n d

So groß war die Stellung Deutschlands, daß gleichzeitig ein Angebot zum Zusammengehen auch von Rußland und Frankreich kam. Aussichten also nach allen Seiten. Nirgends war die Freude über Englands anfängliches Mißgeschick größer als in Rußland, die Rundgebungen in Petersburg und Moskau wollten kein Ende nehmen. Auch die Regie-

¹⁾ So Riederlen-Wächter am 17. November 1911 im Reichstagsauschusse. Schultze, „Europäischer Geschichtskalender“, Jahrgang 1911, S. 608, bringt den Auszug aus einem Artikel der „Ball Mall Gazette“ vom 29. November 1911, der eine andere, aber unglaubwürdige Darstellung der deutsch-englischen Verhandlungen enthält. Vgl. O. Hammann, „Der neue Kurs“, S. 185—191.

zung hielt die Gelegenheit für gekommen, dem Nebenbuhler einen Schlag zu versetzen. Im Zuge dieser Politik machten die Kabinette von Petersburg und Paris im Frühjahr 1900 der deutschen Regierung den Vorschlag, gemeinsam in London zugunsten der Buren vorstellig zu werden. Die Anregung kam wohl vom russischen Minister Grafen Murawiew; die französische Regierung folgte unter dem Einflusse der öffentlichen Meinung ihres Landes. Die Lobredner der Politik Delcassés haben zwar behauptet, er wäre 1899 mit dem Plane ins Amt getreten, sich mit England zu verbinden; da er sich jedoch jetzt Rußland anschloß, wird der Vorsatz nicht so fest gewesen sein, wie er und seine Freunde später beteuert haben.

Aber auch nach dieser Seite versagte sich die deutsche Regierung. Es schien ihr bedenklich, sich in eine britenfeindliche Aktion hineinziehen zu lassen, es wäre denn, daß Frankreich und Rußland die Bürgschaft treuen Zusammenhaltens für alle Fälle übernahmen. Würde denn Frankreich bis zum Ende gegen Großbritannien durchhalten? Wie, wenn es sich im entscheidenden Augenblick aus dem Handel zöge und mit ihm auch Rußland? Das Berliner Kabinett kam also, so erfährt man von guter Hand¹⁾, zu dem Schlusse, zuvor die Aufrichtigkeit des russisch-französischen Anerbietens zu prüfen. Die Antwort an die russische Regierung lautete, Deutschland wäre bereit, gegen England vorzugehen, doch unter einer Bedingung: Frankreich und Rußland müßten zuvor zu einer Abmachung die Hand bieten, durch die sich die drei Staaten gegenseitig ihren Gebietsstand verbürgten. Deutschland wollte sich eben vergewissern, ob es Glück und Zukunft an die französische und russische Politik binden dürfe. Deshalb die Forderung, deren Erfüllung den endgültigen Verzicht Frankreichs auf Elsaß-Lothringen in sich schloß. Ging die Regierung der Republik darauf ein, so konnte man die Sache wagen. Es ist glaubhaft, daß Murawiew der deutschen Regierung erwiderte, kein französisches Ministerium könnte sich auch nur einen Tag halten, sobald in Paris bekannt würde, es hätte Elsaß-Lothringen für immer dahingegeben. Die von Deutschland gestellte Bedingung war so gut wie eine Ablehnung, womit die Sache abgetan war. In Berlin war man auf Grund der fortgesetzten Feindseligkeit Delcassés später überzeugt, das Ansinnen Murawiew's sei eine vom französischen Minister gelegte Falle gewesen. Ob nun dieses Miß-

¹⁾ Durch einen Aufsatz der Deutschen Revue 1909.

trauen berechtigt war oder nicht, jedenfalls wollte die deutsche Regierung nicht gegen England mittun, weil sie annahm, sie werde mindestens von Frankreich im Stiche gelassen werden. Darauf spielte Bülow an, als die Verhandlung am 10. Dezember 1900 im Reichstage zur Sprache kam. Er führte eine Stelle aus den Idealen Schillers an und verglich diejenigen, die sich mit Frankreich und Rußland einlassen wollten, mit dem frohgemut ins Leben hinausstürmenden Jüngling, der eine Enttäuschung nach der anderen erlebt und seine Ideale entschwinden sieht:

Doch ach, schon auf des Weges Mitte
Verließen die Begleiter mich,
Sie wandten treulos ihre Schritte
Und einer nach dem andern wich.¹⁾

Die deutsche Regierung ließ sich von der Erwägung leiten, daß es England ein leichtes wäre, die deutsche Kriegsmarine schwach und matt zu setzen und die Handelsflotte von den Meeren wegzufegen, ohne daß den Buren damit geholfen gewesen wäre. Dem Kaiser schrieb man den Ausspruch zu: wollte Deutschland für Transvaal eintreten, so wäre es dasselbe, wie wenn jemand versuchte, durch Wedeln mit einem Taschentuch ein durchgehendes Pferd aufzuhalten²⁾.

Acht Jahre später, als England den Deutschen böse Absichten zuschrieb, kam Kaiser Wilhelm auf die Sache zurück. Es geschah in dem denkwürdigen, im „Daily Telegraph“ am 28. Oktober 1908 veröffentlichten Gespräch des Kaisers, das eine große Debatte im Reichstag hervorrief und den Anstoß zum Rücktritte des Fürsten Bülow gab. Der Kaiser war in jenem Zwiegespräch bemüht, die englisch-deutsche Verstimmung zu beheben, und zählte zu diesem Behufe die Dienste auf, die er den Briten im Burenkriege geleistet hatte: gerade er habe nach ihren Niederlagen großes Unheil von ihnen abgewendet. Zu-

¹⁾ So lauten die Verse bei Schiller, Bülow aber führte sie im Reichstage mit einer Abweichung an: statt des Wortes „treulos“ gebrauchte er das Wort „seitwärts“. Der Kanzler wurde nach seiner Rede aufmerksam gemacht, daß er sich bei der Wiedergabe eine Freiheit erlaubt habe. Er erwiderte, daß ihm mitten im Zitieren eingefallen sei, man werde ihm Böses zumuten, falls er von Frankreich und Rußland wenn auch nur bedingt sagen würde: „Sie wandten treulos ihre Schritte“; deshalb änderte er kurz entschlossen die Worte des Dichters ins Harmlose ab. In den Gesammelten Reden Bülows ist die Stelle so abgedruckt, wie er sie im Reichstage gesprochen hat.

²⁾ Graf Reventlow, „Deutschlands auswärtige Politik 1888—1913“ (Berlin 1914), S. 140.

nächst sprach er von einem Feldzugsplan, den er zum Zwecke der Niederwerfung der Buren persönlich ausgearbeitet und der Königin Viktoria vorgelegt habe. Wichtiger war die weitere Enthüllung des Kaisers. Damals, so erzählte er, traten Frankreich und Rußland an ihn mit dem Vorschlage heran, sich des Burenvolkes anzunehmen und, wie sich der Kaiser ausdrückte, England bis in den Staub zu demütigen. Begreiflich das allgemeine Aufsehen über die Eröffnungen des Kaisers; der französischen Regierung aber, die seit 1904 mit England ausgesöhnt war, kam die Enthüllung sehr ungelegen, sie ließ also durch den „Tempo“ verlauten, es hätte sich während des Krieges in Afrika nicht um so große Dinge gehandelt, sondern nur um eine Vermittlung zugunsten der Buren. Diese Abschwächung ändert nichts an dem Sachverhalt. Würde Deutschland der russisch-französischen Unregung gefolgt sein, so hätte England dem geeinten Kontinent gegenübergestanden. Es wäre eine Mächtegruppierung gewesen gleich der von 1884 gelegentlich der Aufrichtung des Kongostaates (Seite 67); das Zusammenstehen der Mächte des Festlandes aber war immer die Weltlage, die Britannien am meisten zu befürchten hatte.

Mithin hielt sich die deutsche Regierung von jeder Parteinahme fern. Sie trat nur hervor, wenn es sich um die Ehre und das Interesse Deutschlands handelte. So, als kurz nach der Rückkehr des Kaisers aus Windsor deutsche Handels- und Postschiffe an der ostafrikanischen Küste gegen Völkerrecht von englischen Kriegsschiffen mit Beschlag belegt wurden. Die wiederholte Störung des deutschen Handels war so empfindlich, daß der Kaiser unwillig ausrief: „Ich kann mich nicht mehr unter den Linden sehen lassen!“ Als darauf die deutsche Regierung von England auf's bestimmteste die Freigabe der Schiffe und Leistung des Schadensersatzes verlangte, setzte sie die Forderung, wie Bülow am 19. Januar 1900 im Reichstage mitteilen konnte, in vollem Umfange durch: England gab diesmal schneller nach als in ähnlichen Fällen, wozu es auch allen Grund hatte.

Nichts aber war für die Denkart der deutschen Staatslenker bezeichnender als die unfreundliche Aufnahme, die Krüger bei ihnen gelegentlich seiner Rundreise durch Europa fand. In Paris war er vom Präsidenten der Republik und vom Volke ehrenvoll aufgenommen worden und wollte auch in Berlin sein Glück versuchen. Bei seinem Eintreffen in Köln am 2. Dezember 1900 ließ ihm die deutsche Regierung jedoch sagen, der Kaiser wäre nicht in der Lage, ihn zu empfangen, er möge

schon aus diesem Grunde von der Fahrt nach Berlin Abstand nehmen. Zu Zehntausenden aber strömten auch auf deutschem Boden die Menschen zusammen, um ihm ihre Huldigung darzubringen. Dieser Stimmung vertrauend traf Krüger Anstalten zum Ausbruch nach Berlin, in der Hoffnung, eine Gesinnungsänderung des Kaisers hervorzurufen. Darauf erhielt der deutsche Gesandte in Luxemburg, Herr von Tschirschky, den Auftrag, nach Köln zu fahren und Krüger dringende Vorstellungen gegen seinen Plan zu übermitteln. Da erst gab er sein Vorhaben auf. Durch das deutsche Volk aber ging der Ruf, die Regierung sei England gegenüber zu willfährig; eine mächtige Nation brauche sich ihre Neigungen so wenig verbieten wie vorschreiben zu lassen. Darauf erwiderte der Reichskanzler in seinen am 10. und 12. Dezember 1900 gehaltenen Reden, Krüger hätte die Absicht gehabt, die Regierung zu überrumpeln; die von den Buren wohlverdienten Sympathien könnten nicht zur Richtschnur praktischer Politik gemacht werden; Schwärmereien dieser Art, seinerzeit den Polen, dann dem Fürsten Alexander von Bulgarien entgegengebracht, wären auch jetzt dazu angetan, Deutschland in Händel zu verwickeln; überhaupt gehe es nicht an, „den Don Quijote zu spielen und die Lanze einzulegen und loszurennen, wo irgend in der Welt englische Windmühlen gehen“. Die Freundschaft mit England gab sich auch darin kund, daß der Kaiser zu dem Begräbnisse der Königin Viktoria reiste. Das war mehr als die Huldigung für das Andenken seiner Großmutter; das englische Volk sollte wissen, der Kaiser wende ihm bei der nationalen Trauer seine Teilnahme zu.

*

Fürst von Bülow über seine Politik Ergebnisse

So stand das Reich in diesem Zeitpunkte auf einem Gipfel seines Ansehens. Um seine Freundschaft bewarben sich England ebenso wie der Zweibund, es konnte zwischen verschiedenen Bündnissen wählen. Als im Frühjahr 1900 in China der Aufstand der Boxer losbrach, der das Leben und das Eigentum der Europäer bedrohte, und die Großmächte darauf Truppen nach Ostasien schicken mußten, um ihre in Peking

belagerten Gesandten zu befreien, fiel der Oberbefehl im Feldzuge den Deutschen zu. Der Kaiser fragte im August 1900 beim Zaren telegraphisch an, ob ihm Generalfeldmarschall Graf Waldersee als oberster Führer genehm sei; der Zustimmung Rußlands schlossen sich die anderen Mächte an. Hatte die Ernennung Waldersees auch keine größere politische Bedeutung, so war sie doch ein Gradmesser der Geltung Deutschlands; es konnte als Vorzeichen einer längeren Friedensperiode gedeutet werden, daß auch eine französische Truppenabteilung unter den Oberbefehl des deutschen Feldmarschalls gestellt war.

Indessen war doch auch viel Schein in diesem und in anderen Erfolgen. Deutschland war zwar stark als Landmacht und durch den Bestand des Dreibundes; aber unter den Weltmächten besaß es keinen zuverlässigen Freund und konnte ebensowenig durch Hochseeflotten oder durch seine Kolonialmacht wirken. Seine überragende Stellung beruhte mehr auf der Eifersucht Britanniens und Rußlands in Ostasien, auf der Britanniens und Frankreichs in Afrika. Näherten sich die einander belauernden Mächte, so stand das Deutsche Reich in der Weltpolitik so einsam da wie Großbritannien während des Burenkrieges. Es war nun die Annahme der deutschen Staatsmänner, menschlicher Voraussicht nach würden England und Rußland sich nicht die Hand zur Versöhnung reichen können. Indessen erhebt sich die Frage, ob das Berliner Kabinett nicht besser getan hätte, entweder mit England oder mit Rußland in engere Verbindung zu treten.

Fürst von Bülow widmet diesem Einwurfe einen wichtigen Abschnitt in seinem Buche „Deutsche Politik“, Ausführungen von schriftstellerischem Glanze, die auf die verschiedenen Möglichkeiten Licht werfen. Man sieht daraus, welchen Wert der Altreichskanzler auf die Würdigung seiner Motive legt. So schon im ersten Abdruck seiner Arbeit 1914, dann noch mehr in der Buchausgabe 1916, wo die früheren Ausführungen näher begründet sind. Das gilt besonders von dem Beweisgange, es sei nicht statthaft gewesen, sich auf ein Bündnis mit England einzulassen¹⁾.

Zunächst verwirft Bülow den Gedanken, er hätte im Verein mit Frankreich und Rußland gegen Albion Front machen sollen, wie die Burenfreunde von ihm verlangten. Er hält ihnen entgegen, daß die

¹⁾ Es sind dies die Stellen im Sammelwerk „Deutschland unter Wilhelm II.“ (Berlin 1914), I, S. 18, und in der Buchausgabe der „Deutschen Politik“, S. 30–37.

Franzosen bei ihrem hochgespannten Ehr- und Nationalgefühl den Verlust Elsaß-Lothringens nicht verschmerzt, nie sich aufrichtig mit Deutschland verbunden hätten. Sobald das Deutsche Reich mit Britannien in Todfeindschaft geraten wäre, würde es von Frankreich gewiß im Stiche gelassen, wohl selbst verraten worden sein.

Die andere Gedankenreihe des Fürsten von Bülow beschäftigt sich mit der Möglichkeit einer Allianz mit England. Die aber wäre, so meint er, doch nur möglich gewesen, wenn nicht bloß Chamberlain, sondern auch Salisbury und weiterhin ebenso die Führer der Opposition zugestimmt hätten, da sonst bei einem Ministerwechsel alles in die Brüche gegangen wäre. Er führt in diesem Zusammenhang den Satz Bismarcks an: „Wir wären ja gern bereit, die Engländer zu lieben, aber sie wollen sich nicht lieben lassen“, sodann eine von Bismarck 1893 zu Sybel gemachte Äußerung: „England ist der gefährlichste Gegner Deutschlands. Es hält sich für unbesiegbar und glaubt Deutschlands Hilfe nicht zu brauchen. England hält uns noch nicht für ebenbürtig und würde nur ein Bündnis schließen unter Bedingungen, die wir nie annehmen können. Bei einem Bündnis, welches wir schließen, müssen wir den stärkeren Teil bilden.“ Außerdem legt Bülow allen Nachdruck darauf, daß es doch bedenklich gewesen wäre, sich in den russisch-englischen Gegensatz hineinziehen zu lassen. Das Deutsche Reich wäre dann in die Lage gekommen, die Rolle Japans zu spielen, das sich 1904 den Russen in den Weg warf und einen Krieg mit ihnen führte, der die englische Herrschaft in Indien befestigen half. Der Altreichskanzler kommt mit Vorliebe auf den Gedanken zurück, das Deutsche Reich habe zwischen den zwei Kräftegruppen seine Unabhängigkeit bewahren müssen. Diese allein richtige Politik wäre von ihm folgerichtig festgehalten worden.

Es wäre unbillig, diesen geschlossenen Gedankengang in der Art kritisieren zu wollen, daß man darauf hinweist, der spätere Verlauf der Dinge spräche gegen Bülow: denn Großbritannien und Rußland haben sich hinterher gefunden, Deutschland eingekreist und gemeinsam bekämpft. Hier ist in der Tat etwas eingetreten, was 1900 ganz unwahrscheinlich klang. Eine politische Rechnung wie die Bülows kann zur Zeit ihrer Aufstellung richtig gewesen sein, wenn sie auch einige Jahre später durch den Zutritt eines neuen Faktors umgeworfen wurde.

Fruchtbarer als eine Kritik auf Grund des späteren Erfolges und

Mißerfolge ist der Vergleich der Methode des Fürsten Bismarck mit der seiner Nachfolger von 1890 bis 1914. Den letzteren war die Abneigung gemeinsam, sich über die von Bismarck geschaffenen Allianzen hinaus auf neue Bündnisse und Verpflichtungen einzulassen. Caprivi schritt sogar zur Lösung der von Bismarck mit Rußland geschlossenen Rückversicherung. Das nun war nach Bülow's Ansicht verfehlt, der, soviel an ihm lag, keine Masche des vom ersten Kanzler gesponnenen Vertragsnetzes fallen ließ; er wich jedoch den sich bietenden Möglichkeiten des Weiterspinnens eher aus. Das beweisen auch seine späteren Handlungen, so 1901 die kühle Aufnahme des Gedankens des deutschen Geschäftsträgers in London Eckardstein, Deutschland sollte mit Japan ein Bündnis eingehen. Das Deutsche Reich schien so gefestigt, daß weitere Sicherungen nicht gesucht wurden. Im Bewußtsein der eigenen Friedensliebe und im Streben, der Welt größere Verwicklungen zu ersparen, haben Kaiser Wilhelm und seine Ratgeber es vermieden, sich mit irgendeiner anderen Großmacht außerhalb des Dreibundes tiefer einzulassen: war doch zu besorgen, daß dadurch Mißmut entweder in London oder in Petersburg erwachen werde. Die deutschen Staatsmänner vertrauten auf die in der Welt regen Friedenswünsche, anders als Fürst Bismarck, der überall Gefahren sah und dem nach seinem Geständnisse die Sorge vor feindlichen Koalitionen den Schlaf der Nächte verscheuchte. Das Bismarck in Atem haltende Mißtrauen schärfte seine Voraussicht. Deshalb wurde er, wie wir wissen, nicht müde, das Bündnis- und Vertragssystem Deutschlands weiter auszubauen. Der Dreibund war gut, er wurde durch die Rückversicherung mit Rußland nicht schlechter und auch nicht dadurch, daß Osterreich-Ungarn und Italien sich gleichzeitig mit England zum Schutze Konstantinopels verbanden. Das Vertrauen zur Friedensliebe der Fürsten und Völker ist ein menschlich schöner Zug, er war jedoch den großen Politikern von Machiavelli bis Bismarck nicht eigen.

Es ist nicht Sache der Geschichtschreibung, den handelnden Männern hinterher Ratschläge zu geben, welche Wege sie hätten gehen sollen. Es läßt sich nur sagen, daß Bismarck sein Bündnisystem auch während des Burenkrieges ausgebaut, sodann daß er dem Bunde mit Rußland den Vorzug gegeben hätte. Das steht wohl fest, es ist durch Bismarck's eigene Aussprüche ebenso beglaubigt wie durch den allgemeinen Gang seines Wirkens, wenn er auch unter dem Drucke der Weltlage zeitweilig einen Nebenweg einschlug. Für Bismarck blieb

ausschlaggebend, daß er durch das Vertrauensverhältnis zu Rußland die Angriffslust Frankreichs im Zaume hielt. So oft er die russische Regierung bereit fand, schloß er mit ihr lieber ab als mit England. Damit war das Gift des französischen Chauvinismus unwirksam gemacht. Das Gewicht dieses Arguments ist auch nach der Zeit Bismarcks nicht geringer geworden, so daß es die Politik des Deutschen Reiches auch fernerhin hätte beherrschen sollen.

Es trifft übrigens nicht den Kern der Sache, wenn man meint, Deutschland hätte sich durch die Allianz mit der einen Weltmacht die andere zum Todfeind machen müssen, so daß der Krieg mit ihr unabweislich gewesen wäre. Dagegen spricht schon die Tatsache, daß Bismarck 1887 den Rückversicherungsvertrag mit dem Zarenreiche schloß, gleichzeitig aber den Bund Österreich-Ungarns und Italiens mit England zur Verteidigung der Türkei gern zur Kenntnis nahm, ja daß er das römische Kabinett selbst zum Anschlusse an Großbritannien anspornte. Nun könnte man dies ein gefährliches Spiel nennen, das sich wohl der große Kanzler und sonst nicht leicht jemand erlauben konnte. Indessen ließen sich Frankreich und England im 20. Jahrhundert gleichfalls auf ein Doppelverhältnis dieser Art ein. Das Pariser Kabinett trat, obwohl es mit Rußland im Bunde stand, durch die Verträge vom 8. April 1904 mit England in die engsten Beziehungen — und dazu noch während der englisch-russischen Hochspannung. England folgte diesem Beispiel und schloß, obwohl seit 1902 mit Japan verbündet, im Jahre 1907 mit dem Zarenreiche einen Vertrag zur Teilung Persiens, wodurch zum Dreiverband gegen Deutschland der Grund gelegt ward. Es gibt für die diplomatische Kunst keine starre Regel, es war deshalb bedenklich, daß Deutschland sich systematisch an den Vorsatz band, sowohl einer engeren Verbindung mit Rußland wie mit England und auch mit Japan aus dem Wege zu gehen.

Gegen die Allianz mit Britannien wendet Bülow ein, sie sei von Chamberlain „ohne Rückendeckung durch den Premierminister Salisbury angeboten worden¹⁾. Es ist jedoch schwer denkbar, daß Chamber-

¹⁾ Die Bemerkung, Chamberlain habe „ohne Rückendeckung durch den Premierminister Lord Salisbury seine Offerte gemacht“, steht auf S. 36 der „Deutschen Politik“ (Berlin 1916), findet sich aber nicht im ersten Abdruck dieses Werkes 1914. — Die Ablehnung der englischen Bündnisangebote wird von Johannes Haller in den „Süddeutschen Monatsheften“ (Januar 1917) lebhaft kritisiert, während Hermann Onden in der Schrift „Das alte und das neue Mitteleuropa“ (Gotha 1917) S. 72 die Politik Bülows verteidigt.

lain seine Rede vom 29. November 1899 über ein wünschenswertes Bündnis mit Deutschland und den Vereinigten Staaten ohne Wissen oder gar gegen den Willen Salisbury's gehalten habe. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß der Premierminister seinen feurigen Amtsgenossen vorangehen ließ, um abzuwarten, was das Berliner Kabinett antworten werde. Dann konnte er sich die Sache noch immer überlegen. Bei kühler Aufnahme des Vorschlags durfte der Ministerpräsident immer sagen, ihm selbst wäre die Sache ohnedies ferngelegen. Die Entscheidung lag also beim Kaiser und seinem Kanzler. Nun würde ein Abereinkommen mit England bei den deutschen Burenfreunden anfangs Entrüstung hervorgerufen haben — darüber aber kam man leicht hinweg, wenn Deutschland seinen Kolonialbesitz erweiterte.

Über allem Zweifel richtig ist die Bemerkung Bülow's, daß sich Deutschland weder von Britannien noch von Rußland ausnützen und zum Kriege gegen die andere Macht fortreißen lassen durfte. Die Unabhängigkeit jedes Seiles ist bei Allianzen unter gleich starken Staaten der selbstverständliche Vorbehalt. Das galt auch für die bereits bestehenden Bündnisse Deutschlands. Würde ein Staat jedoch die Vorsicht zu weit treiben, so dürfte er sich überhaupt auf keine Vertragsverpflichtung einlassen. Eine Bindung durch Allianzen schließt nicht die Nötigung zum Selbstmord ein. Übrigens wird die Politik Bülow's während des Buren- und des Mandschurischen Krieges abschließend erst beurteilt werden können, wenn die Tatsachen genauer bekannt geworden sind. Man kann sie durch die Begleitumstände für gerechtfertigt halten und auch die Ansicht hegen, das Wachstum Deutschlands würde allen Gegenbemühungen zum Trotz in jedem Falle zulezt zum Zusammenschluß der Mächte in Ost und West geführt haben. Das steht dahin — als politische Regel jedoch ist festzuhalten, daß ein Staatsmann das Möglichste tun muß, um durch Knüpfung von Allianzen eine derartige feindliche Gruppierung zu verhindern. Irgendeine Wahl zu treffen wird notwendig, jedenfalls weniger bedenklich sein, als sich ihrer zu enthalten. Dämme zu bauen ist immer unerläßlich, auch wenn der Strom durch Jahre nicht über die Ufer getreten ist. Das wird für alle Zukunft gelten: ist die Sturmflut einmal hereingebrochen, so kann nur der stärkste Schwimmer die Wellen durchschneiden, und diese Kraftprobe muß ein Staatsmann seinem Lande möglichst ersparen.

Den Briten war auch trotz des Zwiespalts unter den kontinentalen Mächten und nach der Niederwerfung der Buren nicht leicht ums Herz. Es war der Ritt über den Bodensee gewesen: fast wäre es zu einer Einigung der Mächte des Festlandes gekommen. So aber hatte England bloß in Amerika ein Opfer zu bringen, den Verzicht auf seine Rechte an dem Panamakanal. Es war auch schlimm, daß Rußland sich unterdessen in der Mandschurei, in Persien und in Tibet ausbreiten konnte. Am bittersten aber wurde in London empfunden, daß sich inzwischen die Kriegsmarine nicht bloß Deutschlands hob; Japan machte ebenso große Anstrengungen; Frankreich und die Vereinigten Staaten bauten gleichfalls Schiff um Schiff. Das französische Marinebudget war 1900 bis 1910 ungefähr ebenso hoch wie das deutsche, nur daß das Deutsche Reich dank einer besseren Verwaltung mit denselben Mitteln ungleich mehr leistete. Würde England das für den Burenkrieg verausgabte (5700 Millionen Mark) oder auch nur einen guten Teil dieser Summe für die Kriegsflotte verwendet haben, so hätte es sich auf der früheren Höhe behauptet. Der Abstand machte sich noch nicht während des Krieges, wohl aber in den Jahren 1904 bis 1908 bemerklich, während welcher die aufgehäuften Schuldenlast zu Ersparungen im Flottenbau nötigte. So büßte England, was es an den Buren gefehlt hatte. Wer den Glauben hegt, das verletzete Sittengesetz rufe von selbst die Sühne herbei, mag darin die Strafe des Frevels suchen. Sieht man aber davon ab und hält sich bloß an die Verkettung von Ursache und Wirkung, so ist festzustellen, daß Britannien nicht mehr imstande war, ohne starke Allianzen seine Seeherrschaft zu behaupten. Seitdem ging es wieder wie im 18. Jahrhundert auf die Suche nach Verbündeten auf dem Festlande aus.